Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonnabend Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21 Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf Amt Norden 37861 - 65. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantw. Ernst Diefenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg. Kutscherstraße 3 Tel 36220 Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 26 | Magdeburg, 28. Juni | Jahrgang 1930

Der freie Rhein!

Von H. Meurer

Wenn diese Zeitung in die Hände ihrer Leser kommt, rüsten die letzten fremden Soldaten am Rhein zum Abmarsch. Am 3. Juni werden vom Gebäude der Interalliierten Rheinlandkommission die Fahnen der Besatzungsmächte verschwinden, und die deutsche Republik wird in aller Form vom befreiten Gebiet Besitz ergreifen.

Wir sprechen es ganz offen aus, daß damit noch immer nicht die volle Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt ist. Noch schmerzt die unerledigte Saarfrage, und die Bestimmungen über die „neutrale Zone" zeugen immer noch davon, daß das Deutsche Reich als Ergebnis des verlorenen Krieges im Verbande der europäischen Völker noch nicht hundertprozentig vollberechtigt ist. Brennend sind die ungelösten Ostfragen (Danzig, Korridor).

Und doch wagen wir zu sagen, daß die Räumung des Rheinlandes ein Triumph der Republik ist. Der 30. Juni rechtfertigt in glänzendster Weise die von republikanischen Ministern inaugurierte, von den republikanischen Parteien und dem Reichsbanner gestützte deutsche Außenpolitik. Der Reichspräsident und die Reichsregierung werden an den Befreiungsfeiern teilnehmen, ebenso die Repräsentanten der gewählten Volksvertretung. Darin liegt das höchste amtliche Anerkenntnis des erzielten Erfolges.

Wer die innere Freiheit will, muß folgerichtig die äußere Freiheit wollen. Umgekehrt gilt das gleiche. Und eines der Trennungsmerkmale zwischen uns und der Rechten ist, daß sie die äußere Freiheit zwar anstrebt, die innerpolitische Selbstbestimmung durch Beseitigung des Parlamentarismus dem Volke jedoch nicht zuerkennen will. Aber nur ein innerlich freies, sich selbst regierendes, Verantwortung tragendes Volk wird die sittliche Kraft zu befreiender und freiheitlicher Außenpolitik aufbringen.

Das Hochziel nachnovemberlicher Außenpolitik war also die Wiedererringung der nationalen Freiheit. Die republikanischen Parteien als die verantwortlichen Träger der Außenpolitik mußten sich ganz selbstverständlich der in der demokratisch-republikanischen Ideologie liegenden Mittel zur Erreichung des außenpolitischen Zieles bedienen. Der Weg hierzu wies Barrikaden um Barrikaden auf, die in mühseliger harter Arbeit abgetragen werden mußten.

Noch hallte ja die Welt wider von Kriegsgetöse und Waffenlärm, noch waren Soldaten und Maschinengewehre, Kanonen und Tanks der Weisheit letzter Schluß. Noch stand der Ungeist einer mächtigen gepanzerten Faust gegen den Friedensgeist eines darniederliegenden, armen, in sich zerrissenen Volkes. Der Kampf einer Idee — der Friedensidee — gegen brutale Gewalt und Willkür mußte lang und schwer sein. Der Leidensweg aber mußte beschritten werden um Deutschlands willen und um der europäischen Völkergemeinschaft willen. Dem geschlagenen Volke wuchs zuerst die Erkenntnis, daß neue, bessere, geistigere Methoden im Verkehr der Völker untereinander walten müssen, um jedem einzelnen Volk und der Gesamtheit der Völker Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Der Weg zu Deutschlands äußerer Freiheit konnte, aus seiner damaligen Lage heraus und weil er beispielhaft wirken mußte, nur entsagungsreich und opfervoll sein. Wenn Briand heute von einem Pan-Europa redet, so ist das auch für illusionsfreie Realpolitiker ein Beweis, daß die andre Seite aus dem letzten anderthalb Jahrzehnt vieles gelernt hat.

Von jenen Novembertagen 1918 an, da die Besatzung begann, über die Sanktionen mannigfacher Art, den Ruhrkampf und den Separatistenkrieg hinweg bis heute, sind die geistigen Wandlungen bedeutungsvoll. Wo anfänglich eine wilde Soldateska „regierte", die Reitpeitsche schwang und den Revolver handhabte, wo um einiger Waggon Kohlen und weniger Telegraphenstangen willen eine ganze Armee in Marsch gesetzt wurde, wo gemeinster Landesverrat fremdmilitärische Unterstützung fand, herrscht heute politischer Geist, der sich wenigstens bemüht, die großen europäischen Zusammenhänge nicht zu übersehen. Gerade wir verkennen keineswegs, daß wir vom Idealbild eines friedlichen und einigen Europas noch weit entfernt sind. Aber daß solche Ideen diskutiert werden, daß die Erkenntnis von der Macht des Rechtes und vom Rechte der Menschlichkeit sich immer mehr Bahn bricht, rechtfertigt die republikanische Außenpolitik.

Vor zehn und noch vor fünf Jahren hätte der größte Optimist unter uns nicht geglaubt, daß heute schon die volle Freiheit der Rheinlande, deren dritte Zone nach den Vertragsbestimmungen 15 Jahre besetzt sein sollte, Tatsache würde. Um so mehr haben wir Anlaß zu froher Genugtuung, da wir darin einen starken Beweis für die Sieghaftigkeit der dem demokratisch-republikanischen Gedanken innewohnenden Idee des Friedens und der Verständigung sehen.

Eine volle Würdigung des erzielten Erfolges ist nur möglich bei einer Erinnerung an die unglaublichen, an dunkelste Barbarei erinnernden Zustände bis etwa des Jahres 1925. Wieviel Familienglück wurde vernichtet, wieviel Blut vergossen, wieviel Wirtschaftskraft und Vermögen zerstört. Wieviel tausend bitterster und herbster Einzelschicksale, die sich zusammenballen zu gemeinsamem Volksleid, liegen in diesen Jahren beschlossen. Die geistige Grundhaltung zu überwinden, die die Quelle dieses Unglücks war, erforderte ungeheure und undankbare Arbeit. Dazu kam, daß der Kampf gegen den Ungeist von außen immer wieder gehemmt wurde durch den Kampf gegen den innern Ungeist. Die Morde an Erzberger und Rathenau, die verschiedenen Putsche sind die Marksteine dieser die nationale Befreiungspolitik hindernden innerpolitischen Entwicklung.

Trotzdem schritten wir vorwärts. Langsam zwar, aber stetig. Und heute grüßen wir den freien Rhein in herzlicher Freude. Wenn wir am 20. Juli in Mainz aufmarschieren, sollen Freude und Genugtuung unsre Feiern beherrschen. Dann soll auch der Glaube an die Macht des Geistes neu gestärkt werden, der uns die Kraft gibt, in unserm Sinne der deutschen Republik und mit ihr und durch sie einem geeinten, friedvollen Europa zu dienen. —

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

„Frontkabinett" oder Hakenkreuz
Grundsätzliches zur Reichsreform
Von Fritz Röttcher

Zur Psychologie der Rechten
Duesterberg als Angeklagter

Glut an der Ostgrenze
Rasse oder Volk?
Von Dr. Günthers Rassenlehre

Drei Monate Besatzungsgefangener
Von H. Müller, Ober-Ohmen

Reichsbanner-Beobachter

Givenchy-en-Gohelle
Eine Kriegsdichtung von Walter Gättke

Beilage „Schutzsport"

Rheinland-Befreiungsfeier

Mainz am 19. und 20. Juli 1930

Programm.

Sonnabend, den 19. Juli:

1. Ankunft und Quartierverteilung. Quartierkommission am Bahnhof.
2. Ankunft und Empfang des Bundesvorstandes 18.05 Uhr auf dem Hauptbahnhof.
3. 19 bis 20 Uhr: Spalierbildung beim Empfang des Herrn Reichspräsidenten.
4. 21 Uhr: Großer Zapfenstreich aller in Mainz anwesenden Trommler- und Pfeiferkorps. (Näheres wird noch bekanntgegeben.)

Sonntag, den 20. Juli:

1. Punkt 8 Uhr: Bundes-Befreiungskundgebung auf dem Hallenplatz. (Der Aufmarsch muß um 7.45 Uhr beendet sein.) — Redner:
   a) Ein Vertreter des Magistrats der Stadt Mainz,
   b) Gauvorsitzender Landtagsabg. Storck (Darmstadt),
   c) Staatspräsident Dr. Adelung (Darmstadt),
   d) Reichsminister Dr. Wirth (Berlin),
   e) Reichsinnenminister a. D. Dr. Severing (Bielefeld),
   f) Vizepräsident des Bayrischen Landtags E. Auer (München),
   g) Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer (Berlin),
   h) Oberpräsident z. D. O. Hörsing, Bundesvorsitzender (Magdeburg).
2. Anschließend Vorbeimarsch an den Ehrengästen und den Vertretern des Bundesvorstandes.
3. Ab 10 Uhr: Spalierbildung bei der Rundfahrt des Herrn Reichspräsidenten.
4. 20 Uhr: Kundgebung mit anschließendem Rheinischem Abend in der Stadthalle.

Montag, den 21. Juli:

Rheinfahrten für alle diejenigen Kameraden, die hieran Interesse haben und die sich durch ihren Gauvorstand beim Gauvorstand in Darmstadt angemeldet haben.

Zur Rheinlandbefreiungsfeier marschieren die Gaue mit den Vororten: München, Regensburg, Nürnberg, Stuttgart, Mannheim, Ludwigshafen a. Rh., Köln, Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld, Kassel, Frankfurt a. M. und Darmstadt auf. Alle übrigen Gaue entsenden Fahnendeputationen, deren Stärke den Gauen überlassen bleibt.

Kameraden! In furchtbar schwerer und politisch ernster Zeit marschieren wir in Mainz zur Rheinland-Befreiungsfeier auf. Wir wissen nur zu gut, wie sehr unsre Kameraden unter der wirtschaftlichen Not zu leiden haben. Trotz alledem bitten wir, alles zu tun, was in euern Kräften steht, damit die Kameraden, die die Fahrt nach Mainz ermöglichen können, restlos vertreten sind. Auch Mainz muß für den republikanischen Gedanken, für den Frieden, für die Völkerverständigung und damit auch für unsern Bund ein voller Erfolg werden! Unsre Geschlossenheit und Disziplin müssen, wie immer, auch in diesem Falle vorbildlich wirken.

Der Bundesvorstand.
J. A.: O. Hörsing, Bundesvorsitzender.

„Frontkabinett" oder Hakenkreuz

Die sächsischen Wahlen haben das Wunschbild der deutschen Faschisten der Verwirklichung immerhin etwas nähergerückt: Die Ausgangsstellung Thüringen mit dem Heimkrieger Dr. Frick zu verbreitern um ein erobertes „rotes" Sachsen mit dem ehrenwortbrüchigen Pressedemagogen Gregor Straßer. Vom sächsisch-thüringischen Bollwerk aus gedenkt man ja, zum eigentlichen Sturm ums „Dritte Reich" anzutreten.

In der Tat, der Stimmgewinn der Nationalbolschewiken in Sachsen ist auffällig genug. Die Kosten mußten im wesentlichen die bürgerlich-„vaterländischen" Parteien tragen. Aber verschwiegen kann nicht werden, daß nicht nur die Demokratische Partei erhebliche Einbuße erlitt, sondern daß auch vom festen Turm der Sozialdemokratie wiederum einiges Mauerwerk abbröckelte. In Chemnitz, Zwickau, Plauen hat die SPD. über 14 000, in der Stadt Dresden allein über 18 000 Stimmen verloren. Um einen Abgeordneten schwächer kehrt die SPD. in den Landtag zurück, während der Bundesbruder der Faschisten, der Bolschewik, der, wenn er jemals zur Gewalt käme, nach Moskauer Muster zu allererst die Schwarzrotgoldenen an die Laternenpfähle hängen würde, sich einen weitern Sitz eroberte. Das der Lage nach leider nur negativ wichtigste Ergebnis der Sachsenwahlen scheint daher zu sein: Die faschistischen Banditen, deren Führer Hitler erst jüngst zu Schweidnitz wiederum in gerissenster Weise das Mäntelchen der Verfassungstreue sich umzuwerfen verstanden hat, haben dort den weitaus stärksten Zulauf gehabt, die Moskauer haben dort ihren Besitzstand behaupten, ja um etwas mehren können, wo (wie in Plauen, Zwickau und in Dresden) linksradikale Intellektuelle und salonbolschewistische Prinzipienreiter trotz des offensichtlichen Zusammenspiels von Hakenkreuz und Sowjetstern die Reichsbannerbewegung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft nach Kräften und mit allen Mitteln zu sabotieren trachteten. Da es aber in Sachsen, trotz auffälligen Stimmengewinns zu einem Kabinett mit faschistischen Eindringlingen nun doch unter keinen Umständen reicht, müssen wir in Thüringen wie in Sachsen mit erheblicher Zunahme radikaler Demagogie für die nächste Zeit rechnen.

Die Stunde, wo sich die Wege scheiden müssen, die Stunde, wo die Regierung Brüning endgültig zu beweisen haben wird, ob sie wirklich ein „Frontsoldatenkabinett" ist oder nur blindes Werkzeug anonymer profaschistischer und letzten Endes auch probolschewistischer Kräfte, diese Stunde scheint uns jetzt gekommen zu sein. In vorbildlicher Selbstdisziplin hat sich bisher das überparteilich-republikanische Reichsbanner Beschränkung in der Kritik gegenüber diesem unter so merkwürdigen Begleitumständen zusammengetretenen Kabinett Brüning auferlegt. Die bei den Sachsenwahlen offensichtlich gewordene Stärkung der faschistischen Radaubewegung muß aber schon im Interesse des internationalen Ansehens des Reiches endlich zu ganzen Entschlüssen führen.

Hinweg mit dem Minister Dr. Frick! Ein Nationalbolschewik, zumal wenn er, wie dieser Frick, in die hochpolitischen reichsverräterischen Umtriebe der Fuchs-Richert (1923) und deren Hintermänner (Pöhner und Konsorten) zutiefst mit verwickelt gewesen ist, hat in einem sauberen deutschen Gemeinwesen keinen Platz! So völlig unmöglich es gewesen wäre, im Falle noch größerer (entscheidender) Wahlerfolge der „NSDAP.", einen Psychopathen wie den gewerbsmäßigen Verleumder G. Straßer in eine Regierung hineinzulassen, so logisch unmöglich wäre es aber auch gewesen, solcher Persönlichkeit die Tür zum Regierungsgebäude abzuriegeln, wenn man nicht auch seinen Spießgesellen Frick aus dem Ministerialgebäude herauswarf.

Das deutsche Volk — das sei in aller Frontsoldatenoffenheit gesagt — pfeift auf eine Demokratie, die eine Formaldemokratie ist. Demokratie, Verfassung darf nicht zum Wandschirm herabgewürdigt werden für eine „Partei", die ihrer Entwicklungsgeschichte, dem Charakter und den Methoden ihrer Bandenführer nach — der Drückeberger Dr. Goebbels hetzt heute schon in Nummer 50 seines „Angriffs" bolschewistisches Lumpenproletariat zu „Judenpogromen" auf! — mit Demokratie, mit Verfassung nicht das geringste zu tun haben kann, getreu dem Wahlspruch ihres „Ministerkandidaten" Straßer: „Alles was der gegenwärtigen Ordnung schädlich ist, findet unsre Unterstützung." (Nationalsozialistische Briefe Nr. 23/29.)

Daher: Hinweg endlich mit dem Dr. Frick! Es ist unbegreiflich, wie vor wenigen Monaten noch ein Reichsministerium, wie 1930 noch ein Dr. Groener in öffentlich bekanntgemachtem Erlaß an seine Reichswehr einer Partei der ausgesprochenen Staatsfeinde „nationale Gesinnung" als „Grundlage" zubilligen konnte. So verschwommen in jenen von uns für die sächsische Lage mitverantwortlich gemachten linksradikalen Führerkreisen von Zwickau, Plauen, Dresden die Abgrenzung gegen Moskau ist, so undurchsichtig immer noch ist in den von uns schon einmal festgenagelten Cliquen in der Bendlerstraße die Haltung zum Nationalbolschewikentum. Es liegt auf der Hand, daß nur dem Widerstreben dieser Cliquen gegenüber Severing nicht von vornherein jene ganz eindeutige Haltung im „Falle" Frick durchsetzen konnte, die nachträglich mit recht billigem Energieaufwand der Volksparteiler von Kardoff zu predigen beliebt hat: Die Verhinderung eines Ministeriums des Hochverräters Dr. Frick überhaupt!

Nur eine im Frontsoldatengeist, d. h. im Geist unbeirrter Sachlichkeit und demokratischer Offenheit geführte Regierung, nur ein Kabinett, das im Bewußtsein seiner nationalen Verantwortlichkeit sich aufrafft, die Polizeigewalt, d. h. die volle Reichsgewalt, auch wirklich in die Hand zu nehmen, nur eine Reichsregierung, die es von allem Geschrei unbeirrt notfalls auch darauf ankommen läßt, das radikale Führergeschmeiß aller Grade ebensolange, wenn auch in menschlicherer Form, in den Verwahr politischer Schutzhaft zu nehmen, als die Herren Stalin und Mussolini ihre Gegner auf die höllischen Solowetzki- oder Liparischen Inseln, nur eine solche Regierung würde Deutschland erheben können zum Mittelpunkt europäischer Demokratie Nur eine Regierung aber, die mit allem nationalistischen Erinnerungsspuk an 1806/13 bricht, nur eine Reichsregierung, die jenen Cliquen das Revanchespielzeug aus den Händen schlägt, die entschlossen alle Netze zerreißt, die von und mit den Hugenberg, von Below, Hitler, Nikolai geknüpft wurden und werden, nur sie wird in deutscher und europäischer Planarbeit auch unter den heute noch allüberall gegebenen kapitalistischen Verhältnissen das wirtschaftliche Elend einigermaßen beheben können. Das Arbeitsproblem kann nicht im nationalen, es kann nur im europäischen Rahmen gelöst werden. Nur die Meisterung dieses Problems aber wird Deutschland entgiften können vom Uebel des politischen Radikalismus. Wenn Deutschland nicht rettungslos versumpfen soll, dann muß ein Kabinett wirklichen Frontsoldatengeistes, während es im Innern rücksichtslos durchgreift gegen alle undemokratischen Gewalten, nach außen aufrufen zur unverzüglichen engsten schöpferischen Zusammenarbeit aller europäischen Völker.

Ein „Frontsoldatenkabinett", das seine Stunde nicht erkennt, würde sich herabwürdigen zu einem Kabinett der Drückeberger.

K. M.

Zur Psychologie der Rechten

Duesterbergs als Angeklagter

Die in Nummer 22 unsrer Zeitung angekündigte Beleidigungsklage der Kameraden Mayr, von Deimling und Dr. Schützinger gegen den 2. Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, ist inzwischen vor dem Magdeburger Amtsgericht verhandelt worden. Duesterberg wurde wegen formeller Beleidigung und übler Nachrede zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde den Klägern die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten Duesterbergs im „Alten Dessauer" und im „Reichsbanner" zu veröffentlichen.

Wir müssen offen sagen, daß dieses Urteil zu der Schwere der Beleidigungen in keinem Verhältnis steht. Man erinnere sich nur daran, daß in der kurzen Notiz Duesterbergs sich geradezu eine Häufung von Schimpfwörtern befunden hat. Kleiner Kläffer, Mostrichgeneral, Wackelstützen der Republik, Burschen — — — das waren die Kosenamen, mit denen unsre Kameraden belegt wurden. Außerdem wurde ihnen Charakterlosigkeit vorgeworfen, weil sie aus „Konjunkturgründen" in das republikanische Lager übergegangen seien und die Behauptung aufgestellt, sie würden die Republikaner wieder verraten, ehe der Hahn zum ersten Male gekräht habe. Und das alles wird abgegolten mit 100 Mark Geldstrafe! Eine Tatsache, die man erst dann richtig würdigen wird, wenn man bedenkt, daß unlängst unser verantwortlicher Schriftleiter zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er — in gutem Glauben und nach sorgfältigster Prüfung — eine Behauptung über den Prinzen August Wilhelm wiedergegeben hatte, allerdings unter Kennzeichnung durch einen Ausdruck, wie er von gleicher Schärfe und gleichem Charakter mehr als einmal in dem Duesterbergschen „Angriff" zu finden ist. Man hat in letzter Zeit wiederholt davon gesprochen, daß sich die Zustände in der Justiz gebessert haben. Wir wollen nicht bestreiten, daß manche Anzeichen dafür vorhanden sind. Aber wenn es sich immer wieder ereignet, daß man einem Hohenzollernprinzen, der im Kampf gegen den Staat in vorderster Linie steht, einen größeren Ehrenschutz gewährt als republikanischen Politikern, dann müssen die Ansätze des Vertrauens, die sich vielleicht zu bilden beginnen, aufs neue vernichtet werden. Dann wird es vergebliche Liebesmühe bleiben, an einer Ueberwindung der Vertrauenskrise in der Justiz zu arbeiten.

*

Im übrigen gewährte der Prozeß einen geradezu erschreckenden Einblick in die „Geistesverfassung" der fanatischen Rechtskreise um Duesterberg. Verteidiger Duesterbergs war der aus dem Haas-Prozeß bekannte frühere Landgerichtsdirektor und jetzige Rechtsanwalt Hoffmann. Ihm stand als Vertreter der Kläger der Kamerad Dr. Braun gegenüber, der auch im Haas-Prozeß der erfolgreiche Gegenspieler Hoffmanns gewesen ist. Hoffmann hatte seine Verteidigung darauf eingestellt, Duesterberg den Schutz des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches, „Wahrnehmung berechtigter Interessen", zu verschaffen. Zu diesem Zwecke zog er einen im „Reichsbanner" erschienenen Aufsatz des Kameraden Mayr heran, in dem scharfe Kritik an Schlieffen und dem Schlieffen-Plan geübt worden war. Duesterberg habe als „ehemaliger Generalstabsoffizier" ein Recht zur Verteidigung Schlieffens gehabt und schon darum in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Dieser Versuch Hoffmanns war von vornherein schon aus dem Grunde zum Scheitern verurteilt, weil Duesterberg niemals Generalstabsoffizier gewesen ist. Er ist zwar kurze Zeit in den Generalstab kommandiert gewesen. Aber die Tatsache, daß diese „Kommandierung" nicht zu einer Berufung in den Generalstab führte, läßt doch die Vermutung sehr naheliegen, daß man ihn dort eben nicht gebrauchen konnte, er also heute als „Sachverständiger" fehl am Orte ist.

In der im Mittelpunkt des Prozesses stehenden Auseinandersetzung mit dem Kameraden Dr. Braun zog Hoffmann entschieden den kürzeren. Wir wollen ein Beispiel herausgreifen, das für uns von besonderem Werte ist, weil es Gelegenheit gibt, eine Sturheit des Denkens aufzuzeigen, die überhaupt erst die politische Haltung des Stahlhelms und der Deutschnationalen Hugenbergscher Richtung verständlich macht. Der schwerwiegendste Vorwurf, den Duesterberg gegen die klagenden Kameraden erhoben hatte, war die Behauptung, daß sie mit ihrem Uebertritt in das republikanische Lager eine charakterlose Haltung bewiesen hätten. Um hier nach Möglichkeit zu retten, was noch zu retten war, suchte Hoffmann zunächst einmal dem Gericht klarzumachen, was er unter Charakter versteht. Er prägte den einfach erschütternden Satz: „Charakter ist das innere Festhalten an dem alten Ideal." Und von der so gewonnenen Plattform aus machte er sich nun daran, das Verhalten der Kameraden Mayr, von Deimling und Schützinger zu „charakterisieren". Er zitierte Schiller: „Recht hat jeder einzelne Charakter, der übereinstimmt mit sich selbst. Es gibt kein andres Unrecht als den Widerspruch", und fuhr dann fort: Menschen, die einen großen Teil ihres Lebens in der alten Armee gestanden haben und dann in das republikanische Lager hinüberwechseln, setzen sich dem äußern Anschein nach in Widerspruch mit sich selbst. Die Welt aber müsse sich an das Aeußere halten. Und darum sei solchen Männern gegenüber der Vorwurf der Charakterlosigkeit eigentlich selbstverständlich! Wir sind bescheiden genug, um Herrn Hoffmann wegen des Maßes von Verständnislosigkeit, mit der er Schiller gegenübersteht, nicht zu beneiden. Wohl selten ist der Sinn eines Dichterwortes so sehr in sein Gegenteil verkehrt worden, wie in diesem Falle. Schiller sagt doch in dem angezogenen Zitat: Wer mit sich selbst übereinstimmt, wer sich selbst treu bleibt, ist ein Charakter. Und da Herr Hoffmann anscheinend die Klassiker wenigstens gelesen hat, verweisen wir ihn auch auf das Goethewort: Stirb und werde! Es ist eben die Aufgabe des Menschen, seine Vorstellungen immer wieder an den Erfahrungen des Lebens nachzuprüfen und in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Leben sich unaufhörlich zu erneuern. Kamerad Dr. Braun traf daher den Nagel auf den Kopf, wenn er Herrn Hoffmann erwiderte, daß derjenige, dem im ungeheuren Geschehen des Weltkrieges alte Ideale zerbrochen seien und der sich jetzt offen zu den neugewonnenen Idealen bekenne, gerade damit seine Charakterstärke beweise.

Aber immerhin, man kann die Unbeweglichkeit des Geistes als Milderungsgrund für so manches gelten lassen, vielleicht auch noch für die Entgleisung des Herrn Hoffmann „er könne sich vorstellen, daß ein überzeugter Sozialist wie der Ministerpräsident Braun, ein frostiges Gefühl nicht vermeiden könne, wenn er neben einem Deimling sitzen müsse." Nicht zu entschuldigen ist aber die Auffassung, daß die Welt sich an das Aeußere halten muß, daß der äußere Anschein das Recht gibt, über Menschen rücksichtslos den Stab zu brechen. Daß man nicht die geringste Verpflichtung fühlt, den Motiven einer Haltung nachzugehen, die einem unverständlich erscheint, das kennzeichnet deutlicher als alles andre die Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, mit der man auf der Seite des Herrn Duesterberg den politischen Kampf führt.

*

Und nun noch eine bemerkenswerte Episode. Mit Aufbietung aller Ausdrucksmittel der Entrüstung wandte sich Hoffmann dagegen, daß der Kamerad Mayr Duesterberg gefragt hatte, ob er identisch sei mit jenem Duesterberg, der von 1915 ab im Preußischen Kriegsministerium gesessen habe. Hoffmann mußte zugeben, daß Duesterberg nur bis 1915 an der Front gewesen ist. Wir wollen Duesterberg daraus keinen Vorwurf machen. Auch die Arbeit im Kriegsministerium mußte geleistet werden. Aber wir müssen es als eigenartig empfinden, daß ausgerechnet ein Mann, der in den schwersten Jahren des Krieges sich weit vom Schuß aufhalten konnte, der die Hölle des Trommelfeuers nicht aus eignem Erleben kennt, als Führer eines Frontsoldatenbundes paradiert und in seinen Reden dauernd vom „Marschieren", vom „Frontsoldatentum" und von der „Front" spricht. Jedenfalls aber hat er kein moralisches Recht, über die Haltung von Frontsoldaten zu urteilen.

eb.

Wie man uns sieht

Der nach außen hin eindrucksvolle Verlauf unsers Bundestreffens hat unsre Gegner von rechts und links in die äußerste Verlegenheit gebracht.

Die Kommunisten wissen sich nicht anders zu helfen, als daß sie in ihrer Presse von einer „Reichsbannerpleite" reden und, wie die „Rote Fahne", diese Behauptung dadurch glaubhaft zu machen versuchen, daß sie das Bundestreffen in Vergleich stellen zu der Bundesgründungsfeier des Jahres 1925. Dabei verschweigen sie, daß damals das gesamte Reichsbanner zur Beteiligung aufgerufen worden war, während es sich in diesem Jahre um das Jungbanner handelte. Von den Stamm-Mannschaften waren nur Spielmannszüge, Fahnendeputationen und der Gau Magdeburg-Anhalt aufmarschiert. Damit ist aber einem solchen Vergleich jede Grundlage entzogen.

Darüber hinaus glaubt die kommunistische Presse eine geringe Anteilnahme der Magdeburger Bevölkerung feststellen zu können. Den Beweis für diese Behauptung will sie durch den Hinweis führen, daß eine Anzahl der Kameraden in Massenquartieren untergebracht werden mußte. Haben die kommunistischen Blätter, wie die „Rote Fahne", „Tribüne" und wie sie alle heißen, noch nichts erfahren von der großen wirtschaftlichen Not, in der heute die breiten Massen unsers Volkes leben und die es vielen einfach unmöglich macht, die Kosten für die Aufnahme und Bewirtung von Gästen auf sich zu nehmen? Mit solchen demagogischen Behauptungen wird man auf verständige Menschen keine Wirkung erzielen. Man wird auch den Eindruck des Treffens nicht dadurch abschwächen können, daß man, wie die Magdeburger „Tribüne", eine Schwindelmeldung in die Welt setzt, ein Schupomann in Reichsbanneruniform habe eine Frau mit einer Stahlrute niedergeschlagen und sei deshalb verhaftet worden. Hier wird doch die Absicht zu deutlich, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von den Störungsversuchen der Kommunisten und von dem Ueberfall auf den Kameraden Hußmann abzulenken!

Seltsamerweise beteiligt sich die Rechtspresse im großen und ganzen nicht an dem Versuch, den starken äußern Eindruck zu bestreiten. Dafür kommt sie uns politisch. Sie nimmt Anstoß an den Reden, die bei unserm Bundestreffen gehalten wurden, und benutzt die Gelegenheit, die politische Haltung des Reichsbanners in einem sonderbaren Lichte erscheinen zu lassen. Hier schießt den Vogel wieder einmal die „Berliner Börsenzeitung" ab, die aufs neue das Reichsbanner mit den Bestrebungen einiger wildgewordener Radikalpazifisten identifiziert,

Mainz, vom rechtsrheinischen Ufer aus gesehen

obwohl eigentlich die Vorgänge in Halle auch den Uebelwollendsten gezeigt haben müßten, ein wie scharfer Gegensatz zwischen dem Reichsbanner und einer gewissen Richtung des Pazifismus besteht. Aber von der „Berliner Börsenzeitung" kann man schließlich nichts andres als die Unwahrheit verlangen.

Recht lustig ist es, wie die deutschnationale Provinzpresse — wir greifen hier den „Vogtländischen Anzeiger" in Plauen heraus — sich anstrengt, auf Grund des Verlaufes der Magdeburger Tage das Reichsbanner als eine rein sozialdemokratische Organisation erscheinen zu lassen. Daß Vertreter aller republikanischen Parteien und Jugendorganisationen als Redner aufgetreten sind, spielt für diese Herrschaften keine Rolle. Entscheidend ist nur, daß Hörsing eine seiner Reden geschlossen hat mit dem Satze: „Die soziale demokratische Republik bleibt unser Ziel." Man kann von der sonderbaren Logik, die in dieser Art der Beweisführung zum Ausdruck kommt, nur mit Heiterkeit Kenntnis nehmen.

Ein besonderes Wort verdienen die Nationalsozialisten und Blätter wie die „Deutsche Zeitung", die vom Nationalsozialismus sehr stark angekränkelt ist. In der „Deutschen Zeitung" kritisiert ein Joachim Walter den Aufmarsch des Reichsbanners. Er meint, daß man beim Anblick der Reichsbannerkolonnen unwillkürlich an das geflügelte Wort hätte denken müssen: „Der Geist ist's, der sich den Körper baut." Und dann haut er den wundervollen Satz hin:

> „Das Reichsbanner kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, das Sammelbecken des liberal-bürgerlichen und marxistischen Niederrassentums zu sein, das aus der im deutschen Wesen feindlichen Gesinnung heraus zur Mißachtung aller völkischen Werte und aus seiner Inhaltslosigkeit zur Leugnung einer heldischen Lebensführung kommen muß."

Auf einen ähnlichen Ton sind die Ausführungen des Straßerblattes, „Der nationale Sozialist", gestimmt. Dort wird gesprochen von dem „stark vertretenen jüdischen Element" von dem „Typ des willenlosen ausgebeuteten, aber in sein Schicksal ergebenem Young-Proleten". Man habe nichts von jugendlichem Schwung oder gar Idealismus gespürt. Das Reichsbanner sei ein „Haufen organisierten Katzenjammers", und schließlich wird das Urteil über den Vorbeimarsch festgestellt:

> „Ueberhaupt ein Saubaufen nicht ein wenig einheitlich, hier welche in Stahlhelmuniform, dort welche in Rotfront ähnlichen, blaugrüne und gelbe Hemden, Windjacken in schönstem Durcheinander."

Daß die Reichsbannerkleidung in den einzelnen Gauen verschieden ist, braucht ein SA.-Mann nicht zu wissen. Im übrigen haben wir es nicht nötig, uns mit den Unflätigkeiten des Herrn Karl Kietzmann (Magdeburg) auseinanderzusetzen. Wir weisen nur darauf hin, daß nach unserm vorjährigen Berliner Aufmarsch sowohl der „Jungdeutsche" wie auch nach dem jetzigen Bundestreffen die bündische Zeitschrift „Der Zwiespruch" von dem „besten deutschen Menschenmaterial" gesprochen haben, das man im Reichsbanner habe beobachten können! —

Reichsbanner-Beobachter

Wieder ein nationalsozialistischer Ueberfall.

Am Sonnabend, dem 14. Juni, haben in Mannheim Nationalsozialisten auf Reichsbannerkameraden einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall verübt. Von unsrer Gauleitung geht uns folgende Darstellung des Vorfalls zu:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Mannheim, veranstaltete am Samstagabend in den Stadtteilen Schwetzingerstadt. Almensiedlung und Lindenhof einen Werbeumzug einer etwa 80 Mann starken Reichsbannertruppe. Schon bei ihrer Aufstellung auf dem Gabelsbergerplatz wurden die Reichsbannerleute von herumstehenden Anhängern der Nationalsozialisten belästigt. Als die Gruppe die Innenstadt erreichte, wo auf dem Marktplatz die Auflösung erfolgen sollte, wurde sie plötzlich von einer mindestens hundert Mann starken Horde nicht uniformierter Nationalsozialisten in der Straße zwischen Sickingerschule und S 2 überfallen. Die Nationalsozialisten stürzten sich mit dem Rufe: „Messer 'raus und drauf!" auf die Mitte des Reichsbannerzugs, in dem auch eine Abteilung des Vortrupps (Jugendgruppe des Reichsbanners) mitmarschierte. Die völlig ahnungslosen Reichsbannerleute standen dem Ueberfall erst wehrlos gegenüber. Fünf Reichsbannerleute brachen unter den Stichen und Stockhieben der Gegner ohnmächtig zusammen und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo bei drei Reichsbannerleuten schwere Kopf-, Brust- und Armverletzungen festgestellt wurden. Es handelt sich um den 20 Jahre alten Joseph Friedmann (Kopfverletzung), den 23 Jahre alten Karl Faude (schwere Armverletzung) und den erst 17 Jahre alten, dem Vortrupp angehörenden Karl Roth, der einen Bruststich in die Nähe des Herzens erhielt. Die abgebrochene Messerspitze konnte erst nach operativem Eingriff aus der Wunde entfernt werden. Zwei Reichsbannerleute, die ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert worden waren, hatten leichtere Verletzungen erlitten und wurden am Sonntag wieder entlassen. Außerdem trug eine ganze Reihe Reichsbannerleute Verletzungen leichterer Natur davon. Von den Gegnern wurde nur ein Leichtverletzter ins Krankenhaus eingeliefert, der aber schon gestern wieder entlassen werden konnte.

Gegen üblen Mundgeruch, nach längerer Mundruhe und nach dem Rauchen benutze man zum Desodorieren und Aromatisieren des Atems eine Spülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser. Flasche 1.— Mk.

Die Nachforschungen durch unsre Organisation und die Augenzeugenberichte, die uns zur Verfügung stehen, lassen den eindeutigen Schluß ziehen, daß die Nationalsozialisten den Ueberfall planmäßig vorbereitet hatten. So wurde festgestellt, daß die Straßenlampen vor der Sickingerschule kurz vor dem Ueberfall von unberufener Hand gelöscht worden waren und die Nationalsozialisten sich unter Heranziehung von Verstärkung aus Ludwigshafen auf dem Marktplatz angesammelt hatten. Die polizeilichen Erhebungen werden weiter bestätigen, daß die Nationalsozialisten nicht nur mit Stockdegen, Messern, Schlagringen, Stahlruten und Gummiknüppeln bewaffnet waren, sondern aus ihrer Mitte heraus auch mit Pfeffer gefüllten Zitronenschalen und Fläschchen mit ätzender Flüssigkeit geworfen wurde. Bei dem Ueberfall hat sich besonders hervorgetan der Nationalsozialist Baumgart, der vor 2½ Jahren den Arbeiter Luley in der Neckarstadt erstochen und einen andern Arbeiter schwer verletzt hat.

Es ist zu hoffen, daß die polizeilichen Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Veranlassung geben werden, das Verfahren wegen Landfriedensbruch gegen die bereits verhafteten Nationalsozialisten zu eröffnen." —

*

„Reichsbanner-Dämmerung"

Unter dieser bezeichnenden Ueberschrift hatte die „Plauener Volkszeitung", die bei ihrer (seit einigen Jahren geübten) linksradikalen Einstellung auf das Reichsbanner an sich recht schlecht zu sprechen ist, einen breiten Artikel gebracht, der die „Sammlung des Proletariats auf der Linie des Klassenkampfes" unterstützen sollte. In einer Vorbemerkung war gar noch hervorgehoben, daß dieser der „Sozialistischen Pressekorrespondenz" entnommene Artikel von einem „Berliner Gauvorstandsmitglied" herrühre. Mit besonderem Behagen schlachtete die faschistische Presse (Berliner Börsenzeitung) diesen hetzerischen Kampfartikel gegen das Reichsbanner aus. Was ist nun die „Sozialistische Pressekorrespondenz"? Diese Pressekorrespondenz ist ein Privatunternehmen der ebenfalls recht wenig reichsbannerfreundlichen Reichstagsabgeordneten Frau Mathilde Wurm, die in ihren Spalten schon verschiedentlich persönlich geartete Angriffe gegen einzelne führende Reichsbannerkameraden hat ablagern lassen. Das „Berliner Gauvorstandsmitglied" hat sich dagegen als das Produkt eines „Irrtums" der schnellfertigen weiblichen Redaktion jener Wurm-Korrespondenz herausgestellt. Selbstverständlich war von vornherein keinem Berliner Gauvorstandsmitglied die Taktlosigkeit zuzutrauen, daß er zum Gaudium der „Berliner Börsenzeitung" usw. von einer „Reichsbanner-Dämmerung" daherrede. Als Verfasser dieser linksradikalen Ungereimtheiten kommt nach den eingeleiteten Feststellungen eine Persönlichkeit in Betracht, die noch im Jahre 1925 eine führende Rolle in der nächsten Umgebung des Herrn Hitler zu spielen verstanden und sich seitdem mit der entsprechenden politischen Tarnung bei uns einzuschleichen gewußt hat. Solche Leute brauchen nur in linksradikaler Phraseologie zu machen, dann werden sie von linksradikalen Utopisten à la Wurm-Fabian-Zweiling mit offenen Armen aufgenommen!

Wir können unsre Kameraden nur nochmals auffordern, unermüdlich gerade jetzt weiter zu arbeiten, um den Schaden, der durch linksradikale Quertreibereien längst angerichtet worden ist, noch möglichst auszugleichen. —

*

Eine Deckorganisation des Stahlhelms?

Man erinnert sich noch, daß der Stahlhelm seinerzeit in Rheinland und Westfalen verboten wurde, weil er in seinen militärischen Extravaganzen — besonders war eine Felddienstübung gegen den Langenberger Sender aufgefallen — unliebsam auffiel. In den letzten Wochen hat die Frage einer Wiederaufhebung dieses Verbots die Regierungen und die Oeffentlichkeit mehrfach beschäftigt. Die Stahlhelm-Bundesleitung gab sich den Anschein, als sei ihre „vaterländische" Tätigkeit besonders im Rheinland völlig unterbunden. Es ist daher wohl von Interesse, einmal die Oeffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß es mit der Beschränkung der Stahlhelmpropaganda im Rheinland leider durchaus nicht so schlimm bestellt ist.

Bereits im Herbst v. J. hatten die Führer des rheinischen Stahlhelms die Deckorganisation gefunden, unter der sie ihre Mitglieder nicht nur zusammenhalten, sondern auch ihre reaktionären Bestrebungen weiter propagieren können. Sie benutzten dazu den „Rheinischen Heimatbund", der bereits im August 1920 gegründet worden war und als E. V. eine ganze Reihe rheinischer Kommunen zu seinen Mitgliedern zählte. Vorsitzender des Bundes ist Rudolf Herzog. Dem Verwaltungsrat gehören an neben andern Persönlichkeiten der am äußersten rechten Flügel der Deutschen Volkspartei gelandete Oberst a. D. von Gilsa — bekannt als Mitarbeiter des frühern Reichswehrministers Noske —, der bekannte Verteidiger aus den Ruhrkampfprozessen vor französischen Gerichten Professor Dr. Grimm (Essen), die rheinischen Adelsführer von Loë und von Lüninck, der Koblenzer Oberbürgermeister Dr. H. Russel usw. Als Bundesgeschäftsführer fungiert ein Dr. H. Bartmann (Düsseldorf-Rath). Der „Rheinische Heimatbund" erfreute sich bis zum Stahlhelmverbot im Rheinland der weitesten Unbekanntheit, seine Wirksamkeit war längst eingeschlummert, als plötzlich allenthalben neue Ortsgruppen auftauchten — so in Bonn, Köln, Bad Godesberg usw., die alle in geschlossenen Versammlungen gegründet wurden. Ueber die Godesberger Gründung konnte die „Rheinische Zeitung" bereits am 1. Dezember 1929 genaue Einzelheiten berichten, die charakteristisch für die ganze Aktion sind.

Givenchy-en-Gohelle

Eine Erinnerung an die Westfront 1916.

Ich werde manches vergessen;
denn wir alle vergessen ja schnell.
Wer mag auch jetzt wohl noch denken
an Givenchy-en-Gohelle.

An alle Trümmer und Trichter
und den starren zerschossenen Wald,
an all die wirren Gesichter
und manche bleiche Gestalt.

An das Netz der Drahtverhaue
und die Gräben in Kreide und Dreck,
an all die Höhlen und Baue
im unsichtbaren Versteck.

Wer wird sich wohl jemals sehnen
nach der Ruhe auf erdigem Bett,
dem Berg der Not und der Tränen
von Notre-Dame de Lorette.

Wer wird nicht vergessen wollen
der Granaten satanisch Gekrach,
das unabläßige Grollen
von menschenfeindlicher Schmach.

Und doch: an eins muß ich denken,
und dies eine vergesse ich nie!
Die Nacht auf der Gieslerhöhe
der siebenten Kompanie.

Wir liebten so sehr das Leben,
und wir waren so stark und so jung.
Wir haben alles gegeben
zur eignen Kreuzigung.

Die Nacht war lichtlos zerrissen,
und wir hockten in unserm Quartier.
Wir mußten zuerst es wissen,
zehn Mann und ein Offizier.

Wir sollten die Sappe nehmen
mit dem Posten am Souchezbach-Eck.
Wir sollten ihn lebend bringen —
elf Leute im Sturmgepäck.

Wir haben Briefe geschrieben —
und das Schreiben — wie wurde es schwer!
Wir dachten an unsre Lieben
und manches dachten wir mehr.

Auch wurde leise gesungen,
als es plötzlich sich heimlich ergab.
Wir sangen von den drei Lilien
und den Rosen auf dem Grab

Und haben wir auch getrunken?
Ja, zum Teufel! Das weiß ich jetzt kaum.
Wir waren wohl ganz versunken
in einen weltweiten Traum.

Dann trafen wir auf die Straße
die hinauf bis zum Angreskreuz ging
Zuweilen von Leuchtraketen
ein Schimmer über uns hing.

Es zogen viel Ungezählte
wie verwegene Schatten durchs Land.
Was alle brennend zerquälte,
nicht Sinn und nicht Ausdruck fand.

Uns riß der Schlamm an den Sohlen,
und ein Wundsein zerspellte das Herz.
Wir waren zum Sturm befohlen,
als wäre es Spiel und Scherz.

Wir sahen die Kohlenzechen
im verwüsteten Pas-de-Calais.
Schon wuchsen die Fördertürme
wie Galgen stier in die Höh.

Wir sahen die Feldbahnschienen
und die rollenden Lasten darauf.
Spanische Reiter und Minen
trugen sie endlos zuhauf.

Und hielt die Nacht auch für viele
tief im Schatten, was schwer sie verstehn —
ich habe noch kurz vorm Ziele
waldfrische Särge gesehn.

Jetzt gingen in grauer Kette
durch das grindige Grabenrevier,
als wär' es zur Totenmette,
zehn Mann und ein Offizier.

Wir dachten nicht mehr an Singen
in der breiig zertretenen Furt,
und die Handgranaten hingen
wie Zentner schwer uns im Gurt.

Wir zogen wohl Ewigkeiten
so durch Gram und Granatengebell,
gestorben weit vor den Zeiten
bei Givenchy-en-Gohelle.

Jetzt streiften wir fremd die Posten
auf der Feldwacht im Niemandsherrnland.
Unter Faschinen und Rosten
das Wasser im Graben stand.

Befehle geisterten leise
und sie sagten den Platz und die Stund'
für unsre dunkelste Reise
in unsern dunkelsten Grund.

Und näher kam sie und näher,
die umflorte Entscheidung zur Tat
Das Blut im Herzen schlug jäher —
dann hieß es: Zum Sturm, Soldat!

Wir krochen auf allen vieren
wie des Waldes verscheuchtes Getier.
Wir hatten nichts zu verlieren —
zehn Mann und ein Offizier.

Und was soll ich weiter sagen?
Daß noch alles viel trauriger kam
und unser Wünschen und Wagen
so grausames Ende nahm?

Wir pürschten auf Zickzackwegen
gegen Souchez im knietiefen Schlick.
Durch Schleier sahn wir und Regen
vor uns die Zuckerfabrik.

Wir schwärmten in Schützenreihe,
und die Faust an das Koppelzeug griff.
Da hörten wir nahe Schreie
und dann einen schrillen Pfiff.

Ich weiß nicht, wie es gekommen — —
eine Schlinge zu Boden mich riß;
dann hab' ich nur noch vernommen,
wie ein Dröhnen die Nacht zerbiß.

Es blitzte aus Teufelsaugen
und es zischte mit beizendem Qualm,
die Wut in sengenden Laugen
den letzten irdischen Halm.

Es spritzte die stumme Erde
wie zum Aufschrei ihr leblos Gestein
mit schütternd dumpfer Gebärde
ins Grab der Schlachten hinein.

Maschinengewehre tackten
ihren Feuerstrich hassend zur Wehr,
und peitschten den Lehm und knackten
wie Hagelschlossen umher.

Dann schlugen die schwarzen Minen
mit dem atemvernichtenden Hauch
ins Schicksal der ersten Kühnen
mordsengend in Glut und Rauch.

Ich hörte nur noch ihr Stöhnen — —
und was dann geschah, hörte ich nicht.
Ich lag mit tierischem Höhnen,
in Blut und Dreck das Gesicht.

Es hielt mich in Schmerz und Fesseln
die zermarternde Schlinge am Fuß;
sie brannte im Fleisch wie Nesseln
und flüssiger Eisenguß.

Und singend aus den Gewehren
von der feindlichen Infanterie
schlug auf wie kaltes Verheeren
die tödliche Melodie.

Wir sollten die Sappe zwingen
mit dem Posten am Souchezbach-Eck.
Ich sah um das Leben ringen
zehn Leute im Sturmgepäck.

Das Licht aus den Leuchtpistolen
hat mir schonungslos alles gezeigt;
wir waren zum Sturm befohlen
und tief ins Sterben verzweigt.

Es lagen die Kameraden
ohne Regung und starr auf dem Plan.
Die Schlinge, die mir zum Schaden,
riß mich zum Leben hinan.

Der einzige von uns allen,
kroch ich elend ins Grabenrevier;
es waren um nichts gefallen
neun Mann und ein Offizier.

Ich hab' nicht mehr sprechen können.
Nur ein Lachen umtoste mich grell.
Noch heute könnt' ich verbrennen
an Givenchy-en-Gohelle!

Walter Gättke.

Einladungen waren nur an die frühern Stahlhelmmitglieder versandt worden. Nicht einmal die lokale Rechtspresse hatte entsprechende Einladungen veröffentlicht. Erst einige Tage später brachte sie einen Versammlungsbericht, aus dem hervorging, daß der genannte Bundesgeschäftsführer persönlich die Gründungsversammlung geleitet hatte. Die Einladungsschreiben, die von dem bisherigen Stahlhelmführer versandt worden waren, gaben als Zweck des Bundes an, „das deutsche Nationalbewußtsein am Rheine zu pflegen und der langsamen Zermürbung des wehrhaften Volkstums der Rheinländer vorzubeugen", eine Formulierung, die in den bei den Kommunen im Jahre 1920 eingereichten Statuten aus begreiflichen Gründen nicht aufgenommen worden war. Als Vorstandsmitglieder fungieren in den Ortsgruppen allenthalben Herren, die bei dem Hugenbergschen Volksbegehren öffentlich hervorgetreten waren. Die Tätigkeit der Gruppen stellte sich immer mehr als reine Fortsetzung der verbotenen Stahlhelmgruppen heraus. Die Musikkapellen der aufgehobenen Wehrorganisation wirken bei den Veranstaltungen mit, die allmonatlichen Versammlungen werden nach wie vor nur den Mitgliedern angekündigt und erst nachher in den Rechtsblätter besprochen. Als vor wenigen Wochen der bekannte Berliner Nationalist Dr. Stadtler in Bod Godesberg sprach, wurde sein Vortrag zwar durch Plakate angekündigt, aber erst nachher wurde bekannt, daß er im Rahmen einer „Heimatbund"-Versammlung gehalten worden war. Während diese Tätigkeit des Heimatbundes im eigentlichen Rheinland von den Behörden auffälligerweise unbehelligt bleibt, ist eine Veranstaltung in einem Städtchen des bergischen Landes vor wenigen Tagen von der politischen Polizei untersagt worden.

Diese stillschweigende Duldung hat die Führer des getarnten Stahlhelms offenbar kühn gemacht. So versucht die Godesberger Gruppe seit einigen Wochen sogar Schießübungen zu veranstalten. Man hat mit einem Kleinkalibersportverein — dessen unpolitische Haltung nicht zu bezweifeln ist — Verhandlungen angeknüpft, um dessen Schießplatz benutzen zu dürfen Als dies abgelehnt wurde, erklärte man sich bereit, geschlossen dem Verein beizutreten.

Diese Einzelheiten, die nicht zu widerlegen sind, lassen die Vermutung auftauchen, daß auch an den übrigen rheinischen Orten, wo früher Stahlhelmgruppen bestanden, unter gleichem Deckmantel weitergearbeitet wird. Daß die Art der Arbeit von der, die vor dem Verbot offen vom Stahlhelm ausgeübt wurde, sich kaum mehr unterscheidet, geht aus dem oben Geschilderten deutlich hervor. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Bundesleitung des Rheinischen Heimatbundes darüber in Unkenntnis wäre, woher die neuen Ortsgruppen plötzlich im Winter vorigen Jahres kamen, und was unter dem Namen des vorher politisch nicht aktiven Bundes allerorts im Rheinland geschieht. Daß aus dieser Tatsache die korporativen Mitglieder-Kommunen usw. ihre Konsequenz gezogen hätten, ist nicht bekannt. Die Herren Seldte und Duesterberg werden jedenfalls mit guter Ruhe abwarten können, wann das Verbot ihrer rheinisch-westfälischen Gruppen aufgehoben wird. Der getarnte Apparat arbeitet ja inzwischen ungestört und rüstig weiter. —

*

Ein bedeutsamer Telegrammwechsel.

Am 1. Juni fanden in Breslau und Stettin Stahlhelmtagungen statt, zwischen denen Telegramme gewechselt wurden, die offne Kriegsdrohungen gegen Polen enthielten. Als Antwort haben nunmehr die Gaue Pommern und Mittelschlesien des Reichsbanners, die am Sonntag, dem 22. Juni, in Breslau und Stettin zu Gautagungen versammelt waren, folgende Telegramme ausgetauscht:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelschlesien,
Breslau.

Die in der Universitätsstadt Greifswald zum Republikanischen Tag unter Führung des Gauvorsitzenden Hartwig und unter starker Teilnahme der republikanischen Studenten und Landarbeiter aufmarschierten pommerschen Reichsbannerkameraden grüßen die in Breslau versammelten schlesischen Kameraden in treuer Verbundenheit als gemeinsame Wacht im Osten gegen Faschismus und Junkerwillkür.

Nicht nur Deutschland, sondern auch Polen soll wissen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für Völkerversöhnung und Völkerfrieden eintritt und alle Feinde des innern und äußern Friedens mit allen Mitteln bekämpfen wird.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Gau Pommern.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Pommern,
Stettin.

Die in der Hauptstadt der Provinz Schlesien in Breslau unter Führung des Gauvorsitzenden Frey zur Gaugründungsfeier versammelten mehr als 10 000 Reichsbannerkameraden und Republikaner rufen den zum gleichen Zweck in Greifswald vereinigten Kameraden des Gaues Pommern ein kräftiges Frei Heil! zu. Möge von diesem Rufe das erneute Geschrei der widerlichen Kriegshetzer und Störer des innern und äußern Friedens zum Heile unsers Vaterlandes übertönt werden und dem Ausland zeigen, daß das deutsche Volk nichts als friedlichen Wiederaufbau und Gleichberechtigung unter den Völkern will. Das Reichsbanner im äußersten Osten erblickt seine heiligste Aufgabe darin, alles abzuwehren, was uns auf dem Wege zu diesem friedlichen Ziel aufhalten könnte.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Gau Mittelschlesien.

Die drohende Sprache des Stahlhelms hatten diesen Telegrammwechsel zu einer politischen Notwendigkeit gemacht. —

*

Wann, wo und warum?

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göbbels behauptete im Verlauf des Prozesses des Reichspräsidenten gegen ihn, daß er während der Wahlkampagne um die Reichspräsidentschaft für Hindenburg im Gefängnis gesessen habe. Das Organ des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche", richtete darauf an Göbbels die Frage, wann, wo und warum Göbbels in einem belgischen Gefängnis gesessen habe. Der sonst sehr redegewaltige Isidor schwieg. Erst nachdem „Der Jungdeutsche" seine Frage wiederholte, erhielt er Antwort. Allerdings nicht von Göbbels selbst. Er läßt vielmehr im „Angriff" Herrn Dü. für sich sprechen. Und Herr Dü. zitiert das angebliche Tagebuch des Herrn Göbbels. Darin finden wir aber nicht eine einzige Zeile des Nachweises dafür, daß Göbbels für Hindenburg im Gefängnis gesessen hat. Hier hat also der große Joseph ein wenig geflunkert. Im übrigen verzeichnet das Tagebuch nur solche Vorkommnisse, wie sie im besetzten Gebiet täglich zu Hunderten passiert sind. Geldstrafen und Verhaftungen wegen Grenzüberschreitungen und Paßvergehen waren an der Tagesordnung. Und aus eigner Kenntnis der Dinge vermögen wir nicht einmal zu behaupten, daß solche Vergehen immer Heldentaten gewesen sind. Im Gegenteil hat die Unbesonnenheit kleiner nationalistischer Kreise den Abwehrkampf der Rheinländer manchmal sehr empfindlich gestört. Göbbels Tagebuch verzeichnet auch nichts Genaues über die Art der Mißhandlungen, die er erlitten haben will. Schläge mit Gummiknüppel oder Stöße mit dem Gewehrkolben haben viele, wohl die meisten der von belgischen oder französischen Soldaten verhafteten Deutschen erhalten. Sehr unwahrscheinlich scheint uns, daß Göbbels Vater ereicht haben soll, eine Verhaftung seines Sohnes zu unterlassen, der sich am folgenden Morgen stellen sollte. Da müßte Herr stud. Joseph Göbbels viel Glück oder sein Vater sehr gute Beziehungen gehabt haben. Er erinnert sich an Geheimversammlungen, die zum Aufziehen der ersten nationalsozialistischen Ortsgruppen am Niederrhein stattfanden. Das war wohl das Notwendigste, was zu geschehen hatte? Wir erinnern uns an Geheimversammlungen, wo sozialdemokratische und christliche Arbeiter, jungdeutsche Ordensbrüder (die allerdings nur an ihrem Ordensgruß erkennbar waren), zusammensaßen und überlegten, wie den nicht arbeitenden Proleten möglichst sicher das zum Lebensunterhalt notwendige Geld ausgehändigt und wie der aktive Kampf gegen die Sonderbündler möglichst erfolgreich geführt werden konnte. Das war praktische Arbeit. Und keiner der daran aktiv Beteiligten macht davon Aufheben. Diese Tätigkeit war selbstverständlich. Herrn Göbbels mag es überlassen bleiben, durch Herrn Dü. seine wenig überzeugenden Taten ausposaunen zu lassen. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! —

Bücher und Zeitschriften

Ideologie und Utopie. Von Karl Mannheim. 250 Seiten. Preis 8.50 Mk. Verlag Friedrich Cohen, Bonn.

Das Buch Mannheims steht im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion. Es ist ein außerordentlich scharfsinniger Versuch, unsre gegenwärtige geistige Situation zu klären und die Bedingtheit jeder politischen Idee festzustellen. Mannheim führt die Marxsche Ideologienlehre konsequent weiter, indem er jede „Sicht" als standpunktbezogen, das heißt abhängig vom wirtschaftlichen und sozialen Sein des Trägers erkennt. Auch der Marxismus wird in wichtigen Teilen seiner Theorie davon betroffen.

Im letzten Teile des Buches untersucht Mannheim das utopische Bewußtsein in seinen verschiedenen Formen und stellt seine zunehmende Schwächung fest. Nur die proletarischen Schichten haben noch ausreichende Spannungskraft, um utopische Vorstellungen lebendig zu erhalten. Daneben wird den angeblich über den sozialen Gegensätzen schwebenden Intellektuellen die Fähigkeit zugesprochen, die Spannung zur Utopie hin wachzuhalten. Nur die Intellektuellen haben danach die Möglichkeit einer Totalansicht und damit die Fähigkeit, wissenschaftliche Politik zu treiben. ar.

„Die Gespräche des Doktors O'Grady" (192 Seiten) und **„Das Schweigen des Obersten Bramble"** (201 Seiten) von André Maurois. Jeder Band geh. 3 Mark, in Leinen 5 Mark. Verlag Piper & Co., München.

Der französische Dichter André Maurois ist uns Deutschen kein Unbekannter. Seine biographischen Werke über Disraeli und Shelley haben in Deutschland viele Leser gefunden; ein kürzlich von Maurois in Berlin gehaltener Vortrag wurde sehr beachtet. Auch seine beiden originellen Kriegsbücher werden zweifellos einen ständig wachsenden Leserkreis finden. Die im „Schweigen des Obersten Bramble" und in den „Gesprächen des Doktors O'Grady" gesammelten Geschichten entstanden 1916, als Maurois als französischer Verbindungsoffizier einer schottischen Division zugeteilt war. Der Dichter betont selbst im Vorwort, daß seinem Buche die Abgeklärtheit des zeitlichen Abstandes vom Kriege fehle, und daß er, würde er heute ein Kriegsbuch schreiben, die in seinen Kriegsgeschichten verhältnismäßig selten bemerkbare grauenhafte Seite des Krieges darstellen würde. Die vorliegenden zwei Geschichtenbände enthalten Gespräche und Erlebnisse aus einer englischen Offiziersmesse, in deren traditionsbestimmtes Gentlemen-Milieu der leichtblütige, geistvolle Franzose sich bald heimatlich eingefügt fühlte. Aus seinen vor Geist und Witz schimmernden, der tiefern Bedeutung nicht entbehrenden kurzweiligen Geschichten ist vor allem viel Wesentliches und Interessantes über die englische Oberschicht sowie über das Verhältnis zwischen Franzosen und Engländern zu entnehmen. X.

Armenien 1915. Von Heinrich Vierbücher. Der Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. 84 Seiten. 1 Mark.

Diese Broschüre ist aus Haß geboren, nicht aus Abscheu allein gegen die buchstäbliche Abschlachtung eines ganzen Volkes, sondern aus Haß gegen alle, die nicht die politischen Anschauungen des Verfassers in allen Einzelheiten teilen. Es hätte von Wert sein können, eine Auseinandersetzung über die Orientpolitik des Kaiserreichs zu veranlassen, wenn man nur den Willen zur Objektivität spüren würde. Aber mit einem Manne, der einem Friedrich Naumann Heuchelei vorwirft, ist jede Diskussion zwecklos. Dem Verleger aber hätten wir eine größere Ehrfurcht vor der Lebensleistung einer Persönlichkeit wie Friedrich Naumann zugetraut, als er sie durch die Herausgabe dieses Machwerks bewiesen hat. ed.

Die Tat. Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit. Herausgeber Dr. Eugen Diederichs. Verlag Eugen Diederichs, Jena. 22. Jahrgang. 3. Heft. Juni 1930.

Das neue Heft der „Tat" ist wiederum durch verschiedene Aufsätze über den Durchschnitt der großen Masse deutscher und außerdeutscher Monatsschriften weit herausgehoben. Der Aufsatz Ferdinand Fried's über das „Schicksal des Young-Plans" wird viel zu denken geben. Besonders möchten wir hinweisen auf Paul Fechters Studie „Die Aufgaben der Buchkritik". Weniger glücklich sind des Senatspräsidenten Dr. Riedinger knappe Zusammenstellungen über „Kriegskredite — Landesverrat — Staatsrechtsreform — Fememorde". Diese Betrachtungen ebenso wie der über „Die Etappe Brüning" gehende Leitaufsatz scheinen uns doch die Unabhängigkeit, die der Mitarbeiterkreis der „Tat" ebenso glücklich gegen die volkskonservativen Spekulanten wie gegen die jungdeutschen Schwärmer bisher festzuhalten verstanden hat, zu gefährden. Diese Einschränkungen tun unserm bisherigen Urteil keinen Eintrag, daß, wer sich politisch und geistesgeschichtlich auf dem laufenden halten will, gerade Eugen Diederichs Monatsschrift ständig verfolgen muß. K. M.

Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung. Herausgegeben von Eduard Heimann, Fritz Klatt und Paul Tillich. Schriftleitung: August Rathmann. Alfred Protte Verlag, Potsdam. Quartalspreis 2.75 Mark.

Das Juni-Heft enthält u. a. folgende Beiträge: „Der Mensch im Arbeitsrecht" von Hugo Sinzheimer, „Finanzreform und sozialistische Finanzpolitik" von Erich Winkler, „Die alte Diplomatie und die Kriegsschuldfrage" von Gustav Warburg, „Die religiöse Grundlage der Erziehung" von Fritz Klatt, „Zur modernen Rezeption primitiver Kunstformen" von Eckart von Sydow, „Gegenwartsaufgaben konsumgenossenschaftlicher Wirtschaft", „Mit 150 Mandaten in der Opposition" von Karl Mierendorff, „Rechtsschwenkung und Ende des Wandervogels?" von Fritz Borinski. —

Erschwerungen des Sturzes der Reichsregierung und der Landesregierungen ohne Aenderung der Reichsverfassung. Von Dr. jur. Fritz Feller. Abhandlungen zur Reichsverfassung, herausgegeben von Dr. Walter Jellinek, ord. Professor an der Universität Heidelberg. Heft 6. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7. 92 Seiten. Preis geheftet 5 Mark.

Aus gründlichster Sachkenntnis heraus ist hier eine Durchleuchtung der Reichsverfassung durchgeführt, die keine Stelle im dunkeln läßt. Die Erörterungen um den Artikel 48 werden über kurz oder lang festere Form annehmen müssen. Alsdann wird die streng wissenschaftliche Arbeit Fellers ein unentbehrlicher Behelf zur kritischen Mitarbeit sein. M.

Aus den Gauen

Gau Pommern. Eindrucksvolle Versammlungen, die sich gegen die wüste Hetze der Nationalsozialisten richteten, fanden in Stolp und Stargard statt. — Von der Werbekraft des Reichbanners zeugten die in jüngster Zeit veranstalteten Bannerweihen, Kreistreffen und republikanischen Tage in Dreschwitz, Gartz, Neuwarp, Misdroy und Dobberpfuhl.

Gau Pommern. Zu Pfingsten fanden im Gaugebiet zwei Veranstaltungen von größerer Bedeutung statt, nämlich die Bannerweihe in Verchen und die Weihe einer Ebert-Eiche in Saßnitz. Beide Veranstaltungen verliefen wirkungsvoll und waren würdige Kundgebungen für die demokratische Republik. —

Gau Hamburg. Der Ortsverein Bremerhaven-Wesermünde veranstaltete am 1. Juni zum Zwecke der Werbung einen von der Bevölkerung viel beachteten Sternmarsch. — Am ersten Pfingstfeiertag unternahm der Ortsverein Unterweser einen Ausflug nach Rechtenfleth und verband damit eine Erinnerungsfeier an den Marschendichter Hermann Allmers. — Das Gautreffen findet am 19. und 20. Juli in Osterholz-Scharmbeck statt.

Gau Berlin. Der Ortsverein Berlin-Mitte verhalf durch starke Teilnahme an der Bannerweihe in Schloppe (Grenzmark) dieser zu einem eindrucksvollen Verlauf. Gleichzeitig war die im Auto unternommene Fahrt eine starke Propaganda für die Republik. — Der Ortsverein Strasburg (Uckermark) weihte einen Schießstand ein. — Ein besonderes Verdienst erwarb sich die Musikkapelle Weißensee, welche den Insassen des Altersheims in Weißensee und des Kinderheims in Malchow ein Konzert darbrachte.

Gau Volksstaat Hessen. Der Ortsverein Darmstadt nahm in einer stark besuchten Mitgliederversammlung nach einem Referat des Gauvorsitzenden, Kameraden Stork, eine Entschließung an, die sich für unbedingte Wahrung der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners aussprach. — Das Bezirkstreffen in Friedberg und Bad Nauheim war in diesen Kurorten eine Werbung für die Reichsfarben. —

Mitteilungen des Bundesvorstandes

Rheinland-Befreiungsfeier. Jeder Teilnehmer muß im Besitz einer Festplakette sein, die durch den zuständigen Gauvorstand für 50 Pfennig zu erwerben ist. Wir bitten die Gauvorstände dringend, die Kameraden, die nach Mainz fahren, vorher mit Festplaketten ausstatten zu wollen. In allen sonstigen Angelegenheiten, die Befreiungsfeier betreffend, wende man sich unmittelbar an den Gauvorstand in Darmstadt. Adresse: Georg Schmidt, Georgenstraße 12, I.

*

Extrabeiträge. Auf Antrag des Gauvorstandes in Dresden wird für den Ortsverein Dresden ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Monat genehmigt. —

*

Wir geben nachfolgend wieder eine Anzahl von Bade- und Kurorten bekannt, in denen Ortsvereine unsers Bundes vorhanden sind und wo daher unsre Kameraden Gelegenheit haben, im Kreise gleichgesinnter Republikaner ihre Ferien zu verbringen. Unsre Kameraden wollen sich im Bedarfsfalle direkt mit den im Verzeichnis aufgeführten Ortsvereinsvorsitzenden in Verbindung setzen. Ergänzende Aufstellungen werden folgen.

Ost- und Nordsee:

St. Peter, Nordsee: Chr. Dreesen, Bad-Allee 224, Haus „Seestern".
dto. Johannes Iwers.
Brunsbüttel (Holstein): Ad. Gabriel, Lehrer, Sackstraße 14.
Wyck auf Föhr: Lorenz Lorenzen, Mühlenstraße 24.
Westland (Sylt): R. Hirschberger.
Tönning: W. Sierks, Kirchspiel Tönning, Olversum.
Plön i. Holst.: Erich Rüter, Appelwarder 19.
Eutin: E. Leiboldt, Stollbergstraße 8.
Malente: Karl Schult, Sachsenhoe.
Laboe: Max Biering, Laboe b. Kiel.
Grömitz: H. Donath, Grömitz, Kr. Oldenburg, Fischerstraße.
Eckernförde-Borby: Hans Bruhn, Prinzenstraße 27.
Bad Bramstedt: Fr. Hinz, Soolbad.
Bad Segeberg: Karl Böttger, Mühlenstraße 3.
Bad Oldesloe: Otto Wiencke, Brunnenstraße 16.
Bad Polzin (Pommern): Walter Piske, Schloßstraße 2.
Altenkirchen (Kr. Rügen): Hermann Weier.
Bergen (Kr. Rügen): Wilhelm Meuhsling, Weidenstraße 12.
Casnewitz (Kr. Rügen): Albert Drews.
Dreschwitz (Kr. Rügen): Franz Zillmann.
Garz (Kr. Rügen): Paul Fischer, Berger Landstraße 235g.
Gustow (Kr. Rügen): Paul Hopp, Drigge Fabrik, Post Gustow.
Hagen (Kr. Rügen): Richard Pieper, Nipmerow.
Lauterbach (Kr. Rügen): Joh. Tiebs, Vilmnitz bei Putbus.
Promoisel (Kr. Rügen): Wilh. Kruse, Wittenfelde b. Saßnitz.
Rambin (Kr. Rügen): Karl Peters.
Sagard (Kr. Rügen): Otto Fick, Appolonienmarkt.
Saßnitz (Kr. Rügen): Ewald Dörp, Villa Karin.
Trent (Kr. Rügen): Gustav Katke.
Zirkow (Kr. Rügen): August Schuldt, Pantow bei Zirkow.
Ahlbeck (Kr. Usedom-Wollin): Fritz Stürmer, Prinzenstraße 1.
Caseburg (Kr. Usedom-Wollin): Martin Rohbeck.
Dannenberg (Kr. Usedom-Wollin): Bruno Heinig.
Dargebanz (Kr. Usedom-Wollin): Robert Goetsch.
Kolzow (Kr. Usedom-Wollin): Wilhelm Wüsteney.
Lebbin (Kr. Usedom-Wollin): Richard Lüdtke, Gemeindevorsteher.
Misdroy (Kr. Usedom-Wollin): Wilh. Haegler, Ecke Derflinger Str.
Neu-Codram (Kr. Usedom-Wollin): Kurt Schmidt.
Ostswine (Kr. Usedom-Wollin): Julius Schwanz.
Pritter (Kr. Usedom-Wollin): Joh. Brückner.
Swinemünde (Kr. Usedom-Wollin): Paul Zander, Krausestr. 10.
Usedom (Kr. Usedom-Wollin): Franz Dröse, Randowstr. 18.
Wollin (Kr. Usedom-Wollin): Richard Bartelt, Bahnhofstr. 13.
Zempin (Kr. Usedom-Wollin): Joachim Krüger.
Kolberg (Kr. Kolberg-Körlin): Rich. Ostwald, Artilleriestr. 33.
Stolpmünde (Kr. Stolp): Arnold Lück, Mittelstr. 25.
Zingst (Kr. Franzburg): Rektor Schluroff.
Barth (Kr. Franzburg): Herm. Burr, Eixen bei Sülze (Mecklbg.).
Stralsund (Kr. Franzburg): Rudolf Birnbaum, Knieperstr. 17.
Greiswald: Otto Drewelow, Wiesenstr. 79.
Wolgast (Kr. Greifswald): Karl Röpme, Burgstr. 1.
Gr. Ziegenort (Kr. Ueckermünde): Robert Vormelker, Neuwarper Str. 41.
Neuwarp (Kr. Ueckermünde): Hermann Mietzner, Ausbau.
Ueckermünde: E. Ballschmiede, Lehrer, Chausseestr. 43.
Bellin (Kr. Ueckermünde): Hermann Bauer.
Wahrlang (Kr. Ueckermünde): Robert Beutel.
Althagen (Kr. Ueckermünde): Franz Lorenz.
Stepenitz (Kr. Cammin): K. Tippel.
Polzin (Kr. Belgard): Walter Piske, Schloßstr. 2.

In Magdeburg gefunden . . .

Im Anschluß an den Magdeburger Bundestag wurde gefunden: Im Quartier Tischlerkrugstraße eine Berliner Mütze; im Stadion „Neue Welt" eine braune Hornbrille; im Buckauer Konzerthaus eine Aktentasche (Inhalt: Thermosflasche, Handtuch, Strümpfe, Schwalbennester); ferner wurde gefunden ein Portemonnaie mit 2,30 Mark Inhalt und einer Rückfahrkarte nach Rostock sowie mehrere Schlüssel.

Anfragen sind an die Redaktion des „Reichsbanners", Magdeburg, Regierungstraße 1, zu richten. —

Reichskartell Republik / Gau Halle

Sonntag, den 20. Juli 1930, in Torgau, im Restaurant „Bürgergarten", Schießstandweihe des KKSV. Torgau. Wir bitten die Ortsvereine des Gaues Halle, recht zahlreich zu erscheinen und Meldungen zu den angesetzten Schießen an den Kameraden Franz Rückriem, Torgau, Schlachthof, einzusenden. —

1. Mannschaftsschießen:

Mannschaft 5 Mann, Entfernung 40 Meter, Munition 22 kurz, 15 Schuß, je 5 Schuß liegend, sitzend und stehend.

2. Ehrenscheibenschießen:

Je Schütze 1 Schuß, Entfernung 40 Meter, 22 kurz.

3. Preisschießen.

Der Gauvorstand. J. A.: Stoye.